

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk.; Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleile 7.60 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Belegungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Keine Einigung der Sachverständigen für Oberschlesien.

Berlin, 8. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Paris wird mitgeteilt, daß die Sachverständigen der Alliierten ihren Bericht über Oberschlesien fertiggestellt haben und daß er dem Obersten Rat bereits überreicht wurde. Da aber unter den Sachverständigen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, so enthält der Bericht zunächst nur die Punkte, über die man sich hat einigen können. Ergänzend wird hierzu mitgeteilt, daß die Sachverständigen nur über eine Grenzlinie züchtig geworden sind, nämlich daß Ratibor der erste deutsche Grenzbahnhof und Rosenburg und Lublitz an Polen fallen soll. Was das eigentliche Industriegebiet anlangt, so haben die Beratungen der Sachverständigen nicht einmal so weit geführt, daß man sich darüber einigen konnte, ob dieses Gebiet geteilt oder ungeteilt bleiben soll. Die Auseinandersetzungen im Sachverständigenausschuß haben sich hauptsächlich zwischen Engländern und Franzosen abgespielt, während Italien eine abwartende Stellung einnahm.

Die Bedeutung der Pariser Konferenz.

London, 8. August. Die Times schreibt: Amerika leidet an der langen währenden Lähmung Europas, und die Tatsache, daß Präsident Harding beschlossen hat, eine Vertretung in den Obersten Rat zu entsenden, ist eine Maßnahme, die den Ernst der augenblicklichen Lage widerspiegelt. Die Times erklärt, zweifellos werde die Gegenwart des amerikanischen Vorkämpfers eine förderliche Wirkung auf die Beratungen des Obersten Rates ausüben und sein Rat werde in Fällen von besonderer Schwierigkeit eingeholt werden.

Erweiterung der Tagesordnung?

Paris, 7. August. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverpflichtungen nach Oberschlesien und der Zuteilung des Abstimmungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsschuldigen, die Frage der Herstellung von Postschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finanzielle Lage Oesterreichs. — Der österreichische Gesandte in Paris soll gestern, wie Petit Journal mitteilt, auf dem Quai d'Orsay gewesen sein, um auf die kritische Lage Oesterreichs hinzuweisen. Nach dem gleichen Blatt ist es noch nicht sicher, ob die albanische Frage auch auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt wird. Für die Dauer der Konferenz sind 8 bis 10 Tage vorgesehen.

Die Haltung Amerikas und Belgiens.

London, 6. August. Präsident Harding bestimmt die vom amerikanischen Vorkämpfer Hardens einzunehmende Haltung in dem Schriftstück, in dem er die Einladung zum Obersten Rat annimmt. Harding erklärt darin: Amerika hat ein lebhaftes Interesse an angebotenen wirtschaftlichen Vergleichen und einer gerechten Regelung der Weltprobleme. Es wünscht deshalb, mit dem Obersten Rat bei der Erörterung dieser Fragen mitzuwirken. Die sich aus dem Kriege ergebenden wirtschaftlichen Fragen interessieren die Vereinigten Staaten, müßen sie nun die Rehabilitierung Europas und das Wohlergehen Amerikas betreffen, oder unmittelbar den amerikanischen Handel betreffen. Harding betrachtet die tatsächliche Anerkennung einer „Politik der Offenen Tür“, die gleiche Handelsmöglichkeiten gewährt, als wesentlich für die Wiederherstellung normaler Tätigkeit in der Welt.

Paris, 8. August. Ueber die Haltung Belgiens meldet der Brüssler Korrespondent des Temps: Wenn Belgien zu den Beratungen über Oberschlesien aufgerufen worden wäre, wäre es keineswegs sicher gewesen, daß die Teile der englischen Delegierten bei Belgien auf irgendwelchen Widerstand gestoßen wäre. Gewisse politische Kreise und insbesondere die sozialistischen Minister in Belgien hätten rückhaltlos den englischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage. In der Frage der Sanktionen ist man geneigt, die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen zu fordern. Darüber hinaus würde man auch auf der Aufhebung der militärischen Sanktionen bestehen.

Ueber einen bemerkenswerten

Artikel Breitschelds im Populaire

berichtet W.V. aus Paris:

Reichstagsabgeordneter Breitscheld, der sich augenblicklich in Paris aufhält, veröffentlicht heute im Populaire einen Artikel und erklärt, die augenblickliche deutsche Regierung sei der Auffassung seiner Partei über die Notwendigkeit zu reparieren. Obwohl seine Partei die innere und Finanzpolitik des Kabinetts Wirth nicht teile, sei doch anzuerkennen, daß die Regierung den ersten Wunsch habe, Pflichten zu erfüllen, die der Friedensvertrag von Versailles Deutschland auferlegt habe. Die Regierung habe das Ultimatum nicht einzeln und allein angenommen, um das Land aus einer vorübergehenden gefährlichen Lage zu retten und um Zeit zu gewinnen, sondern weil sie aufrichtig den Wunsch habe, endlich die Politik der kleinen Machenschaften zu verlassen, um resolut den Weg zu gehen, den das Gewissen und der Vertrag vorschreiben. Man werde in Frankreich gewinnungen sein, anzuerkennen, daß die Regierung Wirth sich nach dieser Richtung nicht beugniht habe, Worte zu sprechen, ohne ihnen Taten folgen zu lassen. Die Regierung habe auch ihre Antorschrift nicht unter das Ultimatum gesetzt, um Oberschlesien zu retten. Sie habe einfach getan, was sie für nötig gehalten habe. In der Rede des Reichskanzlers in Bremen habe dieser die Gerechtigkeit verlangt, aber nicht gesagt, daß Deutschland das Recht habe, Oberschlesien ungeteilt zu verlangen. Deutschland hoffe, daß der Oberste Rat eine Lösung finden werde, die das Verächtnis der Volksabstimmung verlässliche und Deutschland die Möglichkeit zum Leben lasse.

Breitscheld sagt schließlich, die Mitdeutschten würden bei allen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden, wenn der Oberste Rat eine Entscheidung treffe, die das Industriegebiet Oberschlesiens Polen zuerkenne. In diesem Falle sei das Schicksal der Regierung

Wirth besiegelt. Entweder werde sie sofort durch ein rechtsstehendes Kabinett ersetzt oder es würden neue Reichstagswahlen stattfinden mit der Parole „Oberschlesien“, die für die Nationalisten besonders günstig ausfallen würden. Es handle sich keineswegs um eine Personenfrage, wenn der Reichskanzler Wirth verschwinde, sondern es wäre eine Ermächtigung für alle Reaktionen in Deutschland. Breitscheld schließt seinen Artikel, indem er sagt, die Pazifizierung Europas müsse das politische Ziel aller Länder sein. Die Reinigung der französisch-deutschen Atmosphäre sei deren grundlegende Bedingung. Außer Oberschlesien bestehe noch eine Reihe von Konflikten, die verschwinden müßten, damit normale Beziehungen zwischen dem französischen und dem deutschen Volke wieder möglich würden. Er wage nicht, von einer Entente zu sprechen.

Der Bürgerblock und die Demokraten.

Berlin, 8. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Welt am Montag schreibt Herr v. Gerlach zu dem Plan eines Bürgerblocks für die kommenden Berliner Stadtverordnetenwahlen, wenn die Demokraten in ihrer Mehrheit in ihrer Gesinnung schon so weit fortgeschritten seien, daß sie sich lieber mit dem Teufel und seiner Großmutter verbinden, als daß sie wieder eine sozialistische Mehrheit in Berlin regieren lassen wollten, dann sei es besser, diese Gesinnung werde auch offen durch den Bürgerblock realisiert. Er habe selbst nach der Revolution die Gründung der deutschen demokratischen Partei begrüßt und an ihr teilgenommen. Er habe sich schwer daran geirrt, daß dadurch eine wirkliche bürgerliche Demokratie geschaffen würde. Wie manche andre Illusion sei auch diese zerfallen. Gerlach schreibt weiter: „Der Bürgerblock ist schon heute eine Tatsache, offen in Bayern, Gotha, Braunschweig, in einer Menge von Städten und Gemeinden vorhanden, etwas verhillter in Preußen und Thüringen. Was in Berlin sich vorbereitet, ist nur ein neues Glied in einer schon langen Kette, nur daß es keine besonderen Konsequenzen haben müßte, weil es so etwas offener zutage treten würde. Wenn der Bürgerblock in Berlin wirklich Tatsache wird, muß er zur Sprengung der demokratischen Partei führen. Ein sehr großer Teil ihrer Mitglieder und vor allem ihrer Führer ist ja längst reif für die Koalition mit der Deutschen Volkspartei. Manche würden sie nicht mitmachen können, wenigstens kann ich mir von Hugo Preuß, Anton Erteleng, von vielen Frankfurter und Hessens-Rassauischen Demokraten nicht vorstellen, diese müßten eben dann, soweit ihnen ihre Ueberzeugung den Eintritt in die Sozialdemokratie nicht gestattet, als demokratische Außenleiter ihre Politik forschen.“ Zum Schluß sagt Herr v. Gerlach, daß dieser Bürgerblock von selbst die Unabhängigen zum Zusammenschluß mit den Mehrheitssozialisten führen würde.

Die bürgerlichen Parteien stützen den reaktionären Danziger Senat.

Danzig, 6. August. (W.V.) Der Volkstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag der Mehrheitssozialisten auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Kahn und Schmidt. Die bürgerlichen Parteien gaben eine Erklärung ab in der sie sich mit dem Vorgehen des Senats einverstanden erklärten. Die Polen und Linksparteien machten dem Senat den Vorwurf, daß er die Verfassung und die Gesetze gebrochen habe, und erklärten, im Falle der Ablehnung des mehrheitssozialistischen Antrages sich an den weiteren Arbeiten des Parlaments nicht mehr beteiligen zu wollen. Der Antrag auf Haftentlassung wurde mit 52 gegen 41 Stimmen abgelehnt. Die Sozialdemokratische Partei brachte sodann einen weiteren Antrag auf Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 30. Oktober ein. Mit diesem Antrage wird sich das Plenum am nächsten Mittwoch beschäftigen. Ferner wurde ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Senator Schümmer von den Linksparteien eingebracht. Der Präsident des Volkstages, Mattiak, gab während der Sitzung die Absicht bekannt, sein Amt niederzulegen.

W. L. B. verbreitet ferner eine Meldung, in der die von der Danziger Volkszeitung erhobene Anschuldigung, der reaktionäre Danziger Senat habe sich aus Anlaß des Generalstreiks erst an Polen um Hilfe gewandt und dann aus Deutschland Schutzpolizei erbeten und erhalten, als unwahr bezeichnet wird.

Der Mörder Tiszas in Hamburg verhaftet.

Berlin, 8. August. Die Montagspost gibt eine Meldung des Hamburger Fremdenblattes wieder, wonach der Mörder des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, der frühere Offizier Csermak, am Sonntag in Hamburg festgenommen worden ist. Csermak war in einer Hamburger Automobilwerkstätte beschäftigt und den Behörden durch seinen umfangreichen, stets postlagernd empfangenen Briefwechsel aus Wien und Budapest aufgefallen, dessen Beschlagnahme durch die Polizei zu seiner Verhaftung führte.

Wirth am Scheidewege.

Das Reichsfinanzministerium hat am Sonnabend fünfzehn Steuerergänzungswürfe veröffentlicht, die das Reichskabinett in seinen Beratungen der letzten Woche fertiggestellt hat. Sie sind nach dem Schluß der Veröffentlichung, die wir an anderer Stelle wiedergeben, noch nicht das abgeschlossene Steuerprogramm, das die Regierung dem Reichstag vorlegen wird, um die Mittel zur Festigung des Etats und vor allem zur Zahlung der Reparationsforderung der Entente zu gewinnen. Aber es könnte doch das ganze Programm sein, denn der letzte Satz ist so unbestimmt, läßt alles so im Ungewissen, daß auch ein Verzicht auf weitere Steuern oder Abgaben möglich ist.

Dieser letzte bedeutsame Satz der Kundgebung des Reichsfinanzministers aber bezieht sich gerade auf jene Maßnahme, die am ehesten geeignet wäre, die Reichskasse zu füllen und zugleich die wirklich tragfähigen Schultern zu treffen. Auf die Maßnahme, die mehr ist, als eine beliebige Steuer, deren Wirkung unter Umständen auf dem Papier stehen bleibt, der sich so viele raffinierte Steuerdeklaranten zu entziehen vermögen. Dieser Satz bezieht sich nämlich auf die in letzter Zeit viel erörterte „Erfassung der Goldwerte“, d. h. auf die Beteiligung des Reiches an den großen industriellen, kommerziellen und agrarischen Unternehmungen, an Fabriken, Handelshäusern, Banken und größeren Landgütern oder an Geldvermögen in Form einer Zwangshypothek für das Reich, die eine Steuerhinterziehung erheblich erschweren würde, die jegliche Praxis großer Kreise der Besitzenden, die direkten Steuern zu umgehen und zu hinterziehen, in einem Umfang, der nach Angabe von Sachverständigen geradezu ruinös für die Reichsfinanzen ist, in starkem Maße unmöglich machen oder einengen würde. Hier müßte sich zeigen, ob die Regierung Wirth etwas mehr zustande bringen werde, als eine der üblichen Steuerfideleien, wie sie von den deutschen Regierungen vor und nach der Revolution vorgenommen worden sind — ob sie sich zu einer radikalen neuen Maßregel entschließen werde, die den Weg zu einem neuen System der Aufbringung der Staatsmittel öffnet. Vielleicht ist es zuviel gesagt, wenn wir aus dem orakelhaften Schlußsatz der Regierungsveröffentlichung schließen wollten, daß die Regierung hier bereits verfaßt hat. Aber jedenfalls zögert sie und läßt die starke Befürchtung aufkommen, daß sie versagen werde. Daß ihr nicht ganz wohl dabei ist, ergibt sich auch aus der folgenden Meldung:

Berlin, 8. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie halbamtlich mitgeteilt wird, bilden die bisher veröffentlichten Richtlinien des Kabinetts über die neuen Steuerpläne der Regierung noch keineswegs den Abschluß der ganzen Finanzreform. Der Gedanke der Beteiligung des Reiches an den Sachwerten sei vorläufig nur zurückgestellt, die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten bilde nach wie vor den Gegenstand eingehender Beratungen der Regierung, wenn auch wohl anzunehmen sein dürfte, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt mit den 15 neuen Steuern das Finanzprogramm Wirth zu einem gewissen Abschluß gekommen ist.

Man kann sich leicht vorstellen, wie jetzt alle kapitalistischen Kräfte daran arbeiten werden, die Regierung in diesem entscheidenden Moment nach rechts zu drängen, welche einem Trommelfeuer von Beschwörungen und Drohungen die Regierungsmänner und namentlich der Reichskanzler ausgelegt sind. Das Schreckgespenst des Sozialismus, des Bolschewismus wird hinter den Kulissen, wo um die Verteilung der Lasten, die uns die Entente auferlegt, auf die verschiedenen Volksklassen gekämpft wird, zu hunderten und hunderten Malen heraufbeschworen worden sein. Es ist eben eine jede Maßregel, die dem Besitz die ihm gebührenden Lasten auferlegt, in den Augen der Besitzenden eine freudhafte Entgegnung, ein Hinabgleiten in den Sozialismus oder Bolschewismus, was sie gern gleichzusetzen belieben. In Wirklichkeit ist eine Zwangshypothek des Reiches an den großen Unternehmungen durchaus noch keine sozialistische Maßregel: der Kapitalismus, das Privateigentum und der Profit vertragen sich sehr gut mit ihr; von einer Regelung der Produktion nach dem Bedarf ist bei ihr überhaupt keine Rede. Nur insofern könnte ein Schritt zur sozialistischen Wirtschaft darin gesehen werden, als die Zwangshypothek des Reiches eine etwaige spätere Enteignung von Betrieben durch das Reich etwas erleichtern könnte. Indes ist es wirklich nur ein kleiner und unbedeutender Schritt, der für die Arbeiterklasse nicht allzu große Bedeutung hat. Denn, wenn sie einmal stark genug ist, die Sozialisierung einer oder einiger Industrien durchzusetzen, so wird sie das auch ohne Zwangshypothek des Reiches durchzusetzen vermögen. Und wenn ihre politische und wirtschaftliche Macht nicht groß genug ist, die Sozialisierung durchzusetzen, so wird ihr auch die Zwangshypothek dazu nicht verhelfen können. Ueber die Schicksalsfrage Sozialismus oder Kapitalismus wird dadurch, ob das Reich die „Erfassung der Goldwerte“ vornimmt oder nicht, noch gar nichts ausgelegt. Hier handelt es sich nur um die Frage, wie die Lasten zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden bei der Aufbringung der Reparationsabgaben verteilt werden sollen. Ohne die Erfassung der Goldwerte bleibt die Hauptlast auf den Schultern der steuerlich schwachen Arbeiter, Angestellten und Beamten und kleinen Leute liegen, und wenn hundertmal das Reichsfinanzministerium ausrechnet,